

# Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Dirk Saam, NETZ Bangladesch

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit Netz e. V., Wetzlar | [www.bangladesch.org](http://www.bangladesch.org)

## Anti-Drogen-Politik und außergerichtliche Hinrichtungen

Seit Mitte Mai 2018 sind in Bangladesch im Rahmen einer Anti-Drogen-Kampagne 140 als Drogenhändler(innen) bekannte Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden. Weitere Festgenommene gelten als verschwunden. Zudem sollen rund 18.000 Menschen verhaftet worden sein. Der Polizeichef der Hauptstadt Dhaka legitimierte die von Premierministerin Hasina verkündete Null-Toleranz-Kampagne als Notwendigkeit, Bangladeschs Jugend vor dem Drogenkonsum zu schützen. Die 140 Menschen seien, so der Polizeichef, bei Schusswechseln erschossen worden. Sicherheitskräfte hätten sich lediglich verteidigt. Menschenrechtssverteidiger(innen) bezweifeln hingegen die offizielle Version der Geschehnisse und sprechen von der Instrumentalisierung der Sicherheitskräfte zur Durchsetzung politischer Ziele und gezielter Tötungen. Laut Medienberichten sollen sich unter den Opfern auch Aktivist(inn)en oppositioneller Parteien befinden. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, hatte sich Anfang Juni besorgt über die hohe Anzahl Getöteter geäußert. Aussagen aus Regierungskreisen, bei den Getöteten treffe es sicherlich keine Unschuldigen, wies Zeid scharf zurück und verwies darauf, dass Menschenrechte – darunter auch das Recht auf Leben – auch für Menschen gelte, die Drogen verkauft oder konsumierten. Außergerichtliche Hinrichtungen in so genannten Schusswechseln sind in Bangladesch seit Jahrzehnten gang und gäbe und werden durch eine weit verbreitete Kultur der Straflosigkeit begünstigt. Im Rahmen der turnusgemäßen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Bangladesch vor dem UN-Menschenrechtsrat Anfang Mai, hatte der bangladeschische Justizminister noch versichert, außergerichtliche Hinrichtungen würden nicht geduldet und strafrechtlich aufgearbeitet. Im Zuge der Diskussion um den steigenden Drogenkonsum in Bangladesch, mischen sich auch zunehmend rassistische Stereotype gegenüber den aus Myanmar geflüchteten Rohingya. Da Myanmar als einer der weltweit größten Produzenten synthetischer Drogen gilt, werden die Rohingya zunehmend und kollektiv als Drogenschmuggler stigmatisiert. Polizeiliches Vorgehen und gesellschaftliche Diskriminierung sind die Folge.

## Rohingya im Notstand

Die Situation der aus Myanmar geflüchteten Rohingya spitzt sich weiter zu. Im Zuge starker Niederschläge zu Beginn der Regenzeit sind in der Grenzregion im Südosten Bangladeschs allein in der zweiten Juniwoche 13 Menschen bei Erdrutschen ums Leben gekommen – darunter ein Geflüchteter Rohingya. Das UN-Flüchtlingshilfswerk warnte vor weiteren Opfern unter den Rohingya, da sich deren Camps an steilen Hängen befänden und hier die Wahrscheinlichkeit von weiteren Erdrutschen besonders hoch sei. Nationale und internationale Bemühungen, die Camps mit befestigten Wegen und Häusern auszustatten, seien auf dem Weg, doch bisher nicht ausreichend umgesetzt. Seit 2017 flohen hunderttausende Rohingya vor der Gewalt gegen sie in das überwiegend muslimische Nachbarland Bangladesch, darunter viele Kinder. Allein im Flüchtlingslager Cox Bazar halten sich rund 900.000 Flüchtlinge auf. Die Situation ist kritisch, denn das Lager ist nicht für so viele Menschen ausgelegt. Die meisten Flüchtlinge leben notdürftig unter Plastikplanen, die hygienischen Bedingungen sind prekär, Trinkwasser und Nahrungsmittel knapp. Hinzu kommt, dass viele Menschen durch den Verlust von Angehörigen und die beschwerliche Flucht ein traumatisches Verhalten zeigen. Nach dem Monsun erwarten Experten eine Katastrophe in der Katastrophe. Seit Mitte Juni hat es ununterbrochen geregnet. Mit Hochdruck arbeitet die Caritas in Kooperation mit UN-Organisationen daran, die Hütten an den Hängen so gut es geht zu sichern. Rund 4000 Übergangsunterkünfte wurden bereits gebaut, weitere sollen folgen. Es scheint ein Wettlauf gegen die Zeit.

## Rückkehrpläne zum Scheitern verurteilt?

Ende 2017 einigten sich Myanmar und Bangladesch über eine Rückführung der Rohingya. Passiert ist bisher nichts. Das muss nicht verwundern, wo sollen sie auch hin. Ihre Dörfer wurden niedergebrannt. Darüber hinaus gehört Bangladesch nicht zu den Unterzeichnern der UN-Flüchtlingskonvention und muss den Rohingya daher keinen Flüchtlingsstatus zuerkennen. Solange die Menschen keine Staatsbürgerschaft und damit keinerlei Rechte haben, können und wollen sie das Camp nur schwer verlassen. Dass sich die Staaten einigen, reicht nicht. Es muss sich auch die Lage der Rohingyas in Myanmar ändern.